

FPÖ warnt: Messenger-Überwachung bedroht unsere Freiheit und Sicherheit!

Österreichs Regierung plant eine Messenger-Überwachung, die Bürgerrechte gefährdet. Experten warnen vor Sicherheitsrisiken und Kosten.

La Metternich, Österreich - In Österreich wird die Debatte über die geplante Überwachung von Messengerdiensten wie WhatsApp, Signal und Skype zunehmend hitziger. Die Vorschläge, die von der Regierung, insbesondere den Parteien ÖVP, SPÖ und NEOS, angestoßen wurden, stoßen auf scharfe Kritik. Kritiker befürchten, dass diese Maßnahmen einen tiefen Einschnitt in die Grundrechte der Bürger darstellen könnten.

Daniel Gruss, ein IT-Sicherheitsforscher der TU Graz, äußerte sich besorgt über die Pläne und hinterfragt, ob es moralisch vertretbar sei, Sicherheitslücken zu kennen, die potenziell neun Millionen Bürger gefährden, ohne sie zu schließen. Laut **ots.at** lehnt Gernot Darmann, Sicherheitssprecher der FPÖ, die Überwachung ab und bezeichnet sie als „Spitzeldienst gegen Bürger“. Er betont, dass die Freiheit der Bürger nicht verhandelbar sei und warnt vor einer drohenden Kostenexplosion durch den Erwerb neuer Überwachungssoftware.

Kritik an der Überwachungspolitik

Kanzler Christian Stocker verteidigt hingegen den Entwurf zur Messenger-Überwachung und argumentiert, dass solch eine Maßnahme in vielen Demokratien weltweit funktioniere. Datenschützer von epicenter.works kritisieren den Entwurf

jedoch scharf. Sie führen an, dass diese Form der Überwachung das Grundrecht auf Datenschutz untergrabe und die IT-Sicherheit des Landes gefährde. Darüber hinaus wird betont, dass Sicherheitslücken ausgenutzt werden müssten, um die Spionagesoftware einzuspeisen, was auch andere Geräte desselben Herstellers beeinträchtigen könnte, wie **diepresse.com** aufzeigt.

Die FPÖ warnt vor „grundloser Überwachung unliebsamer Mitbürger“ und sieht in der Regierung eine Bedrohung für regierungskritische Bürger. Während die Regierung zugesichert hat, dass die Überwachung nur unter bestimmten Bedingungen durchgeführt werden darf und vorher richterlich genehmigt werden muss, bleibt unklar, welche Software letztendlich zum Einsatz kommen wird und ob diese nach Inkrafttreten des Gesetzes veröffentlicht wird.

Technologische Herausforderungen und Risiken

Durch den Einsatz moderner Technologien wird die Zuspitzung der Überwachungsmöglichkeiten sichtbar. Künstliche Intelligenz revolutioniert die staatliche Überwachung und eröffnet neue Dimensionen, die weit über einfache Kommunikationsüberwachung hinausgehen. Wie **techzeitgeist.de** berichtet, nutzen autoritäre Staaten Technologien wie Gesichtserkennung und Predictive Policing, um ihre Bürger ständig im Blick zu behalten. In Länder wie China und Russland wird dies bereits massiv eingesetzt, um Oppositionelle zu kontrollieren und regierungskritische Stimmen zum Schweigen zu bringen.

Diese Entwicklungen führen zu einer tiefen Besorgnis über die Auswirkungen der digitalen Überwachung auf die Bürgerrechte. Während die technologische Entwicklung rapide voranschreitet, hinken die rechtlichen und ethischen Rahmenbedingungen oft hinterher. Die Notwendigkeit globaler Strategien zur Bekämpfung des Missbrauchs von Technologien wie der KI-

Überwachung wird zunehmend deutlicher.

Details	
Ort	La Metternich, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.diepresse.com• www.techzeitgeist.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at